



*Liebe Leserinnen und Leser,
in dieser Ausgabe steht (fast) alles im Zeichen
Europas. Richtig so! Unsere Zukunft in Frieden, in
Freiheit und in Wohlstand geht nur in Europa.
Herzlichst, Ihre und Eure Veronika Bode*

Aus Vronis Feder: Aus der Vergangenheit lernen - Erinnerung in der Gegenwart lebendig halten

Auf Einladung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn war ich im Rahmen eines bundeslandsübergreifenden Schülerprojektes zum Austausch mit den jungen Menschen in dieser Woche eingeladen.

Die Gedenkstätte ist ein Erinnerungsort sowohl der deutschen, als auch der europäischen Zeitgeschichte. Zum Projekt war ich als Zeitzeugin einbestellt. Nun, das ist erst mal ein wenig frustrierend. Zeigt es doch, dass man nicht mehr die Jüngste ist... Andererseits erzähle ich gern aus der Zeit der Wiedervereinigung, denn ich habe viel zu berichten: Zum Beispiel wie ich die Ereignisse während der Deutschen Teilung, in den wahn-sinnigen Tagen der Grenzöffnung und eben in den Jahr-zehnten danach empfunden habe.

Bei all den Feierlichkeiten zum 75. Jubiläum unseres Grundgesetzes, erinnern wir in diesem Jahr ebenfalls zum 35. Mal an die Friedliche Revolution in der DDR. Es ist wichtig, die jungen Menschen auch für diesen dunklen Teil unserer Geschichte zu sensibilisieren. Denn für die Verbrechen, die man den Menschen auf deutschem Boden hinter dem 'Eisernen Vorhang' angetan hat, gilt gleichermaßen, dass sie sich *#niewieder* wiederholen dürfen!

Einen Besuch in der [Gedenkstätte](#) kann ich Ihnen also wärmstens ans Herz legen.



Foto: Privat

Feierstunde im Landtag: 75 Jahre Grundgesetz

In diesem Jahr haben wir allen Anlass dazu, mit Dankbarkeit auf drei zentrale Ereignisse deutscher Geschichte zurückzublicken. Vor 75 Jahren trat das Grundgesetz in Kraft. Vor 45 Jahren fanden die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Vor 35 Jahren führte die friedliche Revolution der mutigen Bürgerinnen und Bürger in der damaligen DDR zum Fall des *'Eisernen Vorhangs'* und zur Wiedervereinigung unseres Landes.

Konsequenz aus der Historie

Das Grundgesetz war die Konsequenz aus dem Scheitern von Weimar, aus der Machtergreifung der Nationalsozialisten und aus dem Gräuel des Zweiten Weltkriegs. Deswegen stellten die Mütter und Väter des Grundgesetzes die

unveräußerlichen Grundrechte an den Beginn und implementierten eine starke horizontale und vertikale Gewaltenteilung. Ebenso die Art und Weise, wie wir uns politisch auseinandersetzen ist sehr wichtig für unsere liberale Demokratie und Garant für ihr Funktionieren! Das Respektieren unterschiedlicher Meinungen, der faire Umgang im Diskurs, die Akzeptanz von Kompromissen - das sind lebensnotwendige Voraussetzungen für unseren Zusammenhalt! Nicht nur in Deutschland ist die Demokratie herausgefordert. In ganz Europa sind Frieden und Freiheit bedroht.

Was braucht Europa?

Nur ein starkes, einiges und geopolitisch handlungsfähiges Europa ist der Garant dafür, dass wir in Zukunft in Frieden und Freiheit leben können. Klar, wir müssen Europa und die EU reformieren. Es läuft nicht alles gut. Mehr Pragmatismus ist das Gebot der Stunde! Wir müssen die demokratischen Institutionen stärken. Wir brauchen Initiativrechte für das Parlament, mehr Anbindung der Kommission an das Parlament. Wir brauchen eine Debatte, was muss Europa machen, was nicht. Auch auf europäischer Ebene müssen wir die Subsidiarität stärken.

Gehen Sie wählen!

Bei allen Einwänden, bleibt diese europäische Union das größte Friedens- und Freiheitsprojekt, das die Welt bisher gesehen hat. Deswegen appelliere ich an alle Leser, am 09. Juni wählen zu gehen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und stärken Sie die Demokratie in Deutschland und Europa.

Foto: CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag



Update: Gehaltsaffäre um Ministerpräsident Weil spitzt sich zu



Der von der CDU-Fraktion auf den Weg gebrachte Untersuchungsausschuss zur fragwürdigen Vergütung der Büroleiterin von SPD-Ministerpräsident (MP) Stephan Weil hat seine Arbeit aufgenommen. Die Ausführungen des Chefs der Staatskanzlei Dr. Jörg Mielke haben ergeben, dass dieser von den eigenen Fachbeamten deutlich gewarnt wurde, die Büroleiterin rückwirkend höher zu bezahlen. Er hat offen erklärt, dass ihn die Sichtweise seiner Fachleute und die des zuständigen Finanzministeriums schlicht nicht interessieren.

Büroleiterin scheinbar von Beginn an zu hoch bezahlt

Umstritten ist auch, warum die MP-Büroleiterin, die bei ihrer vorherigen Tätigkeit in Hamburg nach Besoldungstabelle des öffentlichen Dienstes im Rang E14 eingestuft wurde und in Hannover zunächst auf E15 kam, sofort die maximale „Erfahrungsstufe IV“ bekommen hatte. Dies setzt eine mehrjährige Berufstätigkeit in einer ähnlichen Funktion voraus – die sie gar nicht gehabt haben konnte.

Auch der Finanzminister Gerald Heere offenbarte bei seiner Befragung Erinnerungslücken und verstrickte sich in Widersprüche, so dass ihn der Ausschussvorsitzende Dirk Toepffer sogar an seine Wahrheitspflicht erinnern musste.

Das fordert die CDU jetzt!

Der MP hat erkennbar den Zeitpunkt verpasst, in seiner Staatskanzlei für Ordnung zu sorgen. Jetzt muss er personelle Konsequenzen ziehen. Wir weisen seit Monaten darauf hin, dass die Art und Weise der Gewährung der höheren Bezahlung an die Büroleiterin rechtswidrig ist. Der von uns beauftragte Rechtsgutachter Ralph Heiermann hat von einem „*eindeutigen Fall*“ gesprochen, der ein Disziplinarverfahren nach sich ziehen müsste. Das Vorgehen der Staatskanzlei ist ein Schlag ins Gesicht für alle fleißigen Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung. Gerade im Umfeld des MP ist eine besondere Sensibilisierung zu erwarten.

Die Staatsanwaltschaft hat mittlerweile Ermittlungen wegen des Verdachts auf Untreue aufgrund des unrechtmäßigen Umgangs mit Steuermitteln aufgenommen.



Eingabe bei der Härtefallkommission soll Abschiebung verhindern

In der Sendung „[Hallo Niedersachsen](#)“ berichtete der NDR am 30.04.2024 über einen jungen Pflegeassistenten in Braunschweig. Der Marokkaner hatte in der Ukraine ein Medizinstudium aufgenommen und war nach Ausbruch des Krieges nach Braunschweig geflüchtet. Über ein Fernstudium erwarb er schließlich seinen Abschluss.

In Deutschland arbeitete der junge Mann als Pflegeassistent

Um seinen Berufswunsch als Arzt ausüben zu können, galt es nun, weitere Hürden zu überwinden. Zur Überbrückung hatte das Krankenhaus 'Marienstift' in Braunschweig den jungen Marokkaner als Pflegeassistenten eingestellt – was jedoch nicht als Fachkraft im Sinne des Ausländerrechts gilt. Schließlich hatte der junge Mann nun eine Abschiebe-Verfügung erhalten. In der Folge fühlten sich viele Menschen berufen, hier zu helfen.

Eingabe an die Härtefallkommission

Daher habe ich in Abstimmung mit dem jungen Mann persönlich eine Eingabe an die Härtefallkommission des Niedersächsischen Landtages übermittelt. Denn dies ist der einzige Weg, eine Abschiebung wirklich zu verhindern. Die Eingabe befindet sich derzeit in der Annahmeprüfung. Das Härtefallverfahren kann mehrere Monate dauern. Für die Dauer des Verfahrens muss der junge Mann keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen befürchten.

Wir brauchen ein Ausländerrecht mit Herz und Konsequenz

Möglicherweise ist in der Folge auch die Politik gefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Denn wir müssen unser Ausländerrecht mit Herz und Konsequenz verfolgen.

Vor allem müssen wir ermöglichen, dass rechtschaffene Menschen, die bei uns als Fachkräfte benötigt werden und perfekt integriert sind, auch bleiben können. Nach den mir vorliegenden Erkenntnissen ist der junge Wahl-Braunschweiger ein echter Gewinn – sowohl als Mediziner, aber vor allem auch als Mensch.



Grundsätzlich CDU.

Hallo vom Bundesparteitag aus Berlin!

Das war ein hartes Stück Arbeit. Mehr als 2000 Änderungs- und Sachanträge galt es auf dem 36. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Berlin zu beraten und abzustimmen. Aber die Delegierten aus dem Braunschweiger Land waren emsig und diszipliniert vom 06.-08. Mai 2024 bei der Sache und am Ende stand es da: Das neue Grundsatzprogramm - Grundsätzlich CDU!

Unsere Handschrift: Wir sind wieder da.

Das erste Grundsatzprogramm hat Helmut Kohl 1978 in der Partei beschließen lassen. Der Prozess hat sieben Jahre gedauert. Das letzte Programm liegt 16 Jahre zurück. Allerdings gab das Grundsatzprogramm von 2007 auf viele Fragen keine Antworten mehr. Die Welt hat sich verändert. Mit dem jetzigen Programm geht darum, den Menschen Zuversicht, Halt und Orientierung zu geben. Es zeigt klar und deutlich die Grundwerte, den Kompass der CDU. Diese Handschrift zeigt: Wir sind wieder da.

Die CDU stellt sich auch personell neu auf

Bei der Wahl zum Bundesvorstand konnten sich vier Niedersachsen durchsetzen:

Silvia Breher MdB aus Oldenburg wurde zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Unser Landes- und Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner MdL wurde in das Präsidium der CDU Deutschlands berufen. Carina Hermann MdL, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion, kandidierte auf Vorschlag des Landesvorstands erstmalig als Beisitzerin und auch Henning Otte, Bundestagsabgeordneter aus Celle, wurde zum Beisitzer gewählt.

Das beschlossene Grundsatzprogramm finden sie [hier](#).

Alle Wahlergebnisse, Reden und Berichte sowie Informationen rund um den Parteitag können Sie [hier](#) noch einmal nachverfolgen.



Foto: Privat



Foto: Privat

Auf der Zielgeraden: Europawahlkampf mit Lena Düpont MdEP



Am 09. Juni um 08.00 Uhr ist es endlich soweit: Die Wahllokale öffnen ihre Türen. Damit das Kreuz auch bei der besten Wahl landet, haben wir als CDU die Ärmel hochgekrempelt und viele tolle Aktionen mit unserer Kandidatin Lena Düpont MdEP veranstaltet.

Zum Beispiel in Königsutter, Helmstedt, Lehre und Sickte, wo wir ein kleines, blumiges Dankeschön kurz vor dem Muttertag verteilt und mit dem Menschen an den Wahlkampfständen in die Diskussion gegangen sind.

Schwarz trinken und schwarz wählen

Beim Rundgang auf der Velpker Messe führten wir interessante Gespräche und konnten auf die Wichtigkeit der Europawahl hinweisen. Auch hier war Dr. Alexander Börger dabei, der als Kandidat aus dem Landkreis Helmstedt mit Listenplatz 7 ebenso einen äußerst engagierten Wahlkampf geführt hat.

Getreu des Mottos *“Der frühe Vogel fängt den Wurm”*, bzw. hier den Kaffee, habe ich mit der Jungen Union den schwarzen Muntermacher früh morgens an die Pendler am Helmstedter Bahnhof verteilt. Wieder ein Motto umgesetzt: *“Schwarz trinken und schwarz wählen.”*

Auch inhaltlich ging es im Wahlkampf zur Sache

Unsere Wolfsburger Freunde haben eine interessante Diskussionsrunde zum wichtigen Thema *“Landwirtschaft im Wandel”* in Barwedel aufgestellt. Mit Lena Düpont MdEP, Albert Stegmann MdB und Dr. Marco Mohrmann MdL waren alle politischen Ebenen auf dem Podium vertreten.

Danke an alle freiwilligen Helfer

Herzlichen Dank sage ich allen Tatkräftigen, die Plakate gehängt, Flyer verteilt, an Infoständen bereitstanden, etc.

Jetzt heißt es Endspurt und Daumen drücken, damit wir unsere #Europalena wieder nach Brüssel und Straßburg entsenden können.



In unserer Gesellschaft von immer höherer Bedeutung: Thema Einsamkeit

Das Thema Einsamkeit treibt meine CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen schon lange um. Rund jeder Dritte zwischen 18 und 53 Jahren fühlt sich lt. jüngsten [Erhebungen](#) zumindest teilweise einsam, 17 Prozent sogar "sehr".

Vor ein paar Wochen entnahm ich den Helmstedter Nachrichten, dass sich ebenfalls die Diakonie in Schöningen Gedanken gemacht hat. Bereits zum dritten Mal wurde in die Clus-Kirche Schöningen zu einem Nachbarschaftstreffen eingeladen. Mit meiner Kollegin Sophie Ramdor MdL aus Braunschweig habe ich mir das einmal angeschaut: Die Resonanz darauf ist riesengroß, das Konzept ist eigentlich simpel. Man kann mit Gewissheit sagen, dass durch das Engagement der Initiatorinnen bereits einigen Menschen geholfen wurde. Dies gilt es weiterzuentwickeln,

Wie ist es bei Ihnen, fühlen auch Sie sich manchmal einsam? Oder gibt es gar bei Ihnen auch tolle Projekte gegen Einsamkeit?



Foto: Privat

Die GUTE NACHRICHT zum Schluss: Interesse an der Europawahl steigt

Auch die "Gute Nachricht zum Schluss" steht in dieser Ausgabe meines Newsletters ganz im Zeichen der Europawahl. Wie das aktuelle [ZDF-Politbarometer](#) vom 30.05.2024 berichtet, nimmt das Interesse in der deutschen Bevölkerung an der Europawahl zu.

"Hatten vor der Europawahl 2014 lediglich 38 Prozent ein sehr starkes oder starkes Interesse an der Wahl bekundet, waren das vor fünf Jahren, im Mai 2019, 56 Prozent. Jetzt sind es 61 Prozent (weniger starkes oder kein Interesse: 38 Prozent; 2019: 44 Prozent; 2014: 62 Prozent)."

Die Union wird in der Umfrage mit 30 Prozentpunkten stärkste Kraft, gefolgt von den Grünen mit 15 Prozent. Die SPD landet bei 14 Prozent, die Freien Demokraten bei vier Prozent.



Foto: Canva